



Soll nach dem Willen der Bremer Mobilitätsverbände schon bald der Vergangenheit angehören: das aufgesetzte Parken, hier in der Schönhausenstraße.

Bremen

🕒 3 min.

Aufgesetztes Parken

Mobilitätsverbände fordern Konzept gegen aufgesetztes Parken

Bremer Bündnis für die Verkehrswende sieht Behörden nach Urteil in der Pflicht, Verkehrsressort widerspricht Vorwürfen

Frank Hethey

Bremen. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVG) in Leipzig zum aufgesetzten Parken erhöhen Bremer Mobilitätsverbände den Druck auf die Behörden. Mit großer Verwunderung nehme das Bremer Bündnis für die Verkehrswende (BBV) die Pressemitteilung von Mobilitätssenatorin Özlem Ünsal (SPD) am Tage des Urteils zur Kenntnis, dass das Ressort in seinem ganzheitlichen, konzeptionellen Vorgehen bestätigt worden sei, sagt Dieter Mazur vom BUND. „Wir Verbände sehen nach dem Urteil ganz im Gegenteil jetzt Mobilitäts- und Innenressort in der Pflicht, endlich konkret und sichtbar zu handeln.“

Seit Jahren machten Mobilitäts- und Innenressort nichts weiter, als Konzepte zu entwickeln, die dann im Konflikt der Hausspitzen miteinander wieder in

den Schubladen verschwinden, legt Sven Eckert vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) nach. „Dieses Nicht-Handeln ist konfliktscheu und mutlos und geht zulasten der Schwächsten der Gesellschaft.“ Ähnlich äußert sich Jürgen Brodbeck vom Verkehrsclub Deutschland (VCD). „Das Abwarten hat ein Ende“, sagt er. Wenn die Stadt jetzt nicht klar sage, was sie in den nächsten Monaten gegen das illegale aufgesetzte Parken unternehmen werde, könnten weitere Anwohner klagen. „Das kann auch nicht im Sinne der Stadt sein.“

Die Bremer Mobilitätsverbände kritisieren „trotz diverser anderslautender Ankündigungen“ eine „jahrzehntelange Untätigkeit der Stadt Bremen“. Als Ausnahme lässt das BBV nur die Herstellung von Rettungssicherheit in einigen wenigen Straßen und das Sunrise-Projekt im Neuen Hulsberg-Viertel gelten, wo die Autos inzwischen auf der Straße parken. Doch mit seiner ersten Stellungnahme habe das BVG deutlich gemacht: „Aufgesetztes Parken war verboten, ist verboten und bleibt verboten.“

Brodbeck fordert deshalb schleuniges Nachbessern. Denn: „Laut Senatorin Ünsal gibt es ein klares Konzept mit der Priorisierung von Stadtteilen und einzelnen Straßen.“ Dass dieses Konzept schon umgesetzt sei, kann Brodbeck nicht erkennen. Vielmehr ist er der Ansicht, es sei höchste Zeit, dieses Konzept öffentlich zu machen und mit einer klaren Zeitplanung zu hinterlegen. „Das wäre auch und gerade im Sinne der Autofahrenden, die wissen wollen, ab wann sie sich in welchem Quartier Alternativen suchen müssen.“ Zugleich müsse Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) jetzt darlegen, wie es mit der Parkraumüberwachung weitergehe. „Oder ob weiterhin das Wegschauen die Handlungsprämisse von Polizei und Ordnungsamt ist.“

In der Mobilitätsbehörde sieht man die Sache anders. Das Konzept sei bereits veröffentlicht worden, sagt Ressortsprecher René Möller mit Hinweis auf die neuen Parkregeln für zwölf Wohnstraßen in Mitte und der Östlichen Vorstadt. „Jetzt warten wir zunächst die Begründung des Urteils ab.“ Das machen auch die Mobilitätsverbände, die nach eigener Angabe bedauern, dass das Urteil bisher keine konkrete Verpflichtung für die Bremer Behörden enthält. Wohin die Reise gehen muss, ist aus Brodbeck's Sicht klar. Senatorin Ünsal spreche immer wieder davon, die Menschen bei der Verkehrswende mitzunehmen. „Hier ist jetzt eine gute Gelegenheit.“